

20.04.89

Antrag

der Freien und Hansestadt Hamburg

zum

Jahresgutachten 1988/89 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
und
Jahreswirtschaftsbericht 1989 der Bundesregierung

Punkt 22 a + b der 599. Sitzung des Bundesrates am 21. April 1989

Der Bundesrat möge folgende Stellungnahme beschließen:

Der Bundesrat begrüßt die Zielsetzung der Bundesregierung, Tariffdifferenzen zwischen dem nationalen und grenzüberschreitenden Straßengüter- und Binnenschiffsverkehr abzubauen. Mit der Bundesregierung ist der Bundesrat einig, daß hier jedoch weitere Schritte notwendig sind, damit auch die deutschen Seehäfen sich im Wettbewerb mit den Häfen anderer EG-Mitgliedstaaten behaupten können.

Hierzu ist die Bundesregierung gefordert, unverzüglich gesetzliche Maßnahmen hinsichtlich der Preisbildung und der deutlichen Verringerung der Kapazitätsbeschränkungen im deutschen Seehafen hinterlandverkehr einzuleiten, um weitere erhebliche Abwanderungen von Verkehren zu den ausländischen Seehäfen der EG zu verhindern. Die zunehmenden Wettbewerbsverzerrungen aufgrund von unterschiedlichen Preisbildungssystemen im nationalen und grenzüberschreitenden Straßengüter- und Binnenschiffsverkehr können auf Dauer nur beseitigt werden, indem die Preisbildungssysteme im deutschen Seehafen hinterlandverkehr den Systemen des grenzüberschreitenden innergemeinschaftlichen Verkehrs angepaßt werden.

Ausgeliefert am 20. APR. 1989